



ANTWORTEN DER ÖDP

6. März 2024

Wahlprüfsteine zur Europawahl 2024

1. **Mehrheitlich angenommener [Initiativbericht \(2022/2139\(INI\)\)](#) im Europäischen Parlament**

September 2023 Europa hat entschieden: Prostitution ist Gewalt gegen Frauen. Befürworten Sie die Position und Ziele dieses Berichts? Falls ja, welche Maßnahmen planen Sie zur Umsetzung in Ihrem Mitgliedstaat? Bei Ablehnung, welches sind Ihre Gründe?

Ja, es ist eine bestimmte Gewaltform gegen Frauen, gerade wenn die Prostitution erzwungen ist. Es darf nicht sein, dass Frauen in der EU gezwungen werden für Geld ihren Körper zu verkaufen. Die Europaabgeordnete der ÖDP wird sich weiter in der EU für die Rechte der Frauen einsetzen. Der Druck auf die deutsche Regierung muss hier weiter aufrechterhalten werden.

2. **Änderung der EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels**

In den Änderungen wird im Erwägungsgrund die Kriminalisierung des Sexkaufs beschrieben, um den Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung wirksamer zu bekämpfen. Was werden Sie veranlassen, damit dieser Erwägungsgrund in nationales Recht umgesetzt wird?

Menschenhandel ist ein Unrecht und muss bekämpft werden. Selbstverständlich werden wir die Regierungsparteien in unserem Land auffordern hier tätig zu werden. Dazu kann z. B. ein offener Brief an die amtierende Ministerin Frau Paus geschrieben, oder eine entsprechende Petition gestartet werden. Der Druck auf die Regierung muss erhöht werden, um hier mehr Handlung zu erzeugen. Hierfür wird sich die ÖDP einsetzen.

3. **EU-weite Umsetzung des Nordischen Modells**

Was werden Sie dafür tun, dass das Nordische Modell EU-weit umgesetzt wird, um Prostituierte vor Gewalt zu schützen und Ihnen den Ausstieg zu ermöglichen, wenn dies gewünscht ist? Welche weiteren Maßnahmen ziehen Sie in Erwägung, um Gewalt gegen Prostituierte einzudämmen?

Das Nordische Modell muss EU-weit umgesetzt werden. Hierfür hat sich schon die Europaabgeordnete der ÖDP in Europa eingesetzt und würde dies auch gerne in der nächsten Legislatur weiter tun. Die ÖDP setzt sich für das nordische Modell ein und hat es seit 2013 auch in ihrem Programm verankert.

4. **Ein gleichberechtigtes Europa braucht einen Perspektivwechsel hinsichtlich Prostitution**

Prostitution ist ein grenzüberschreitendes Phänomen, das Frauen objektiviert und ihnen sexuelle Verfügbarkeit unterstellt. Wie gedenken Sie als politische VertreterIn auf europäischer Ebene einen Perspektivwechsel zu fördern, der ein gleichberechtigtes Europa schafft?

Unsere ÖDP EU-Abgeordnete hat sich immer schon für die Frauenrechte eingesetzt. Dies wird sie auch weiterhin tun. Sie ist Mitglied in unserem Bundearbeitskreis Frauen. Hier werden wir

weiterhin daran arbeiten, den Druck auf die Gesetzgebung in der EU zu erhöhen. Eine mögliche Resolution ist für die neue Legislatur geplant.

5. **KEINE EU-Richtlinie gegen Vergewaltigung durch die Weigerung einiger Mitgliedstaaten, darunter Deutschland**

Wie gedenken Sie sich aktiv dafür einzusetzen, dass Frauen EU-weit vor Vergewaltigung geschützt werden? Und welche Schritte planen Sie, um dies in der Revision der Richtlinie in 5 Jahren zu verwirklichen?

Es gibt keinen einheitlichen Standard für einen Straftatbestand bei Vergewaltigung innerhalb der EU. Dies muss auch in der nächsten Legislatur wieder verhandelt werden, weil es nicht hinnehmbar ist, dass der Einwilligungsprinzip „Nur Ja heißt ja“ in dem Gesetz nicht verankert wurde als auch, dass Täter EU-weit wegen Vergewaltigung nicht belangt werden können. In 18 von 27 Mitgliedstaaten ist im Augenblick davon nur die Rede, wenn die Opfer geschlagen, oder konkret bedroht worden ist. Hierfür wird sich unsere ÖDP – Europaabgeordnete weiterhin einsetzen.

6. **Leihmutterschaft als globales Geschäftsmodell**

Frage: Wie wollen Sie verhindern, dass in Europa mit Leihmüttern und Kindern ein kommerzielles Geschäft betrieben wird, von dem einige der Beteiligten – Kliniken, Vermittlungsagenturen und Wunscheltern – maßgeblich profitieren während die ungleichen Machtverhältnisse Leihmütter und Kinder benachteiligen?

In dem ÖDP – Grundsatzprogramm steht: „keine erzwungene Leihmutterschaft“

Leihmutterschaft ist für viele Menschen die einzige Möglichkeit der Elternschaft. Das heißt aber nicht, dass Frauen für diesen Wunsch ausgebeutet werden dürfen. Zu unterschätzen ist nicht die Bindung zwischen einer Frau und einem ungeborenen Kind. Deshalb ist kommerzielle Leihmutterschaft nicht zu befürworten. So haben wir es auch in unserem EU-Wahlprogramm stehen, wonach wir konsequent gegen jede Kommerzialisierung, welche die Würde des Menschen antastet, sind. Dazu gehört **das Verbot der Leihmutterschaft** und der damit einhergehenden körperlichen und psychischen Ausbeutung von Frauen.

[/programm/europawahlprogramm/14-lebensschutz-und-bioethik](#)

7. **Änderung der EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels**

In den Änderungen wird zum ersten Mal erzwungene Leihmutterschaft als Form von Menschenhandel genannt. Wie lässt sich diese Änderung im nationalen Recht berücksichtigen?

Diese Forderung kann sicherlich auch in dem offenen Brief an die Familienministerin eingefügt werden. Nachdem aber ca. 80 % unserer Gesetze in der EU gemacht werden, ist hierzu eine Resolution für eine Gesetzesvorlage bei der Kommission einzureichen. Dies ist mit unserer Programmatik sicherlich eine unseren Aufgaben in der nächsten Legislatur.

8. **Kostenübernahme für Schwangerschaftsabbrüche**

In vielen EU-Ländern haben Frauen keinen sicheren Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen. Welche konkreten Schritte planen Sie, um einheitliche europäische Lösungen für ungewollt Schwangere zu schaffen?

Das in Deutschland geltende System, wonach bei Frauen mit geringen Einkommen eine Kostenübernahme stattfindet, kann auf die EU ausgeweitet werden.